



Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 30.04.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 16.03.2009, 15:35 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf CDU

Herr Dr. Ralph Elster CDU

Herr Wolfgang Simons CDU

Herr Götz Bacher SPD

(i.V. für Herrn Dr. Schoser)

(i.V. für Herrn Zimmermann)

Frau Polina Frebel SPD

Herr Axel Kaske SPD

(i.V. für Herrn Neubert)

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Frau Brigitta von Bülow Grüne

Herr Andreas Wolter Grüne

Herr Dietmar Repgen FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Gereon Breuer pro Köln

Herr Jörg Detjen Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Axel Hopfauf auf Vorschlag der CDU

Herr Julius Knappertsbusch auf Vorschlag der CDU

Frau Gonca Mucuk-Edis auf Vorschlag der SPD (entschuldigt)

Frau Iris Koppmann auf Vorschlag der SPD (bis 17.35 Uhr)

Herr Franz Hess auf Vorschlag der Grünen

Herr Martin Schmitz auf Vorschlag der FDP (bis 17.55 Uhr)

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Ali Esen (entschuldigt)

Frau Adelheid Langes
Herr Markus Danuser

(bis 16.50 Uhr)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

(von 16.50 Uhr bis 17.20
Uhr)

Herr Wolfgang Büscher
Herr Ingo Fleischer
Frau Ursula Herx
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

(von 16.45 Uhr bis 18.00
Uhr)

Herr Robert Kilp
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Gero Schmidt

(bis 18.00 Uhr)
(entschuldigt)
(entschuldigt)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich

Schriftführer/in

Frau Kathryn Meier

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Granitzka verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 3.1.2. Ergänzende Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 04.03.2009
Kooperationsgräberfeld Melaten
AN/0385/2009

Stellungnahme der Verwaltung
0933/2009

- 3.5. Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer
hier: Fassung von § 7 Abs. 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für die
Dauer des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region
0834/2009
- 3.6. Haus des Jugendrechts – Immobilie und Kooperationsvereinbarung
0721/2009

- 3.7. Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten
0760/2009

- 5.1. Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2009
"Raucher-Razzia" in den KölnArcaden

- 5.2. Umsetzung und Erfahrungsbericht FFP 2007-2010
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2009
AN/0386/2009

- 7.1. Zurückgezogen

- 7.2. Jobsharing-Veranstaltung für den Kita-Bereich
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12.03.2009

- 8.1. Neumarkt
hier: Antrag der Firma TAS Emotional Marketing GmbH, Max-Keith
Str.66 , 45136 Essen auf Durchführung einer Informationsveranstal-
tung vom 25.05.2009 bis zum 26.05.2009 (inklusive Auf- und Abbau-
zeiten) auf dem Neumarkt.
0208/2009

- 9.11. Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)
hier: Einleitung eines Veränderungsprozesses
0514/2009

- 9.12. Einrichtung von 13 befristeten Mehrstellen für die bauliche Umsetzung
der Ganztagsoffensive
0670/2009

- 9.13. Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren
0872/2009

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis
90/Die Grünen vom 16.03.2009
AN/0513/2009

- 9.14. Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss
eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwal-
tung für die StadtBibliothek Köln und andere städtische Dienststellen
für die Zeit vom August 2009 bis 31.07.2011 zzgl. einjähriger Verlän-
gerungsoption
0550/2009

- 9.15. IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des
Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0799/2009

II Nichtöffentlicher Teil

- 10.1. Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2009
Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen
0414/2009
- 11.2. RZ-Umbau Chorweiler
- 15.2. Beschaffung einer Online-Rechtsdatenbank
0824/2009
- 15.3. Bedarfsprüfung zum Abschluss von Rahmenverträgen über Schulungsleistungen beim Amt für Informationsverarbeitung
4790/2008
- 15.4. Bedarfsprüfung für den Abschluss eines Rahmenvertrages für die Erweiterung des Zentralen Speichernetzwerks
0518/2009

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Halbzeitbilanz des Mentoring-Projektes
- 1.2 Lunchpakete
- 1.3 Equal-pay-day
- 1.4 Internationaler Frauentag

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 08.12.2008
Initiative Chancengleichheit
0211/2009

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Verweis aus dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün:
Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
0082/2009

3.1.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung
0464/2009

3.1.2. Ergänzende Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 04.03.2009
Kooperationsgräberfeld Melaten
AN/0385/2009

Stellungnahme der Verwaltung

0933/2009

3.2 Ausbildungsbericht
5227/2008

3.3 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2009
0663/2009

3.4 Jahresbilanz des Call-Centers Köln/ Bonn/ Leverkusen
0693/2009

3.5 Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer
hier: Fassung von § 7 Abs. 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für
die Dauer des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region
0834/2009

3.6 Haus des Jugendrechts - Immobilie und Kooperationsvereinbarung
0721/2009

3.7 Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten
0760/2009

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

4.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 24.04.2008
hier: Förderung von Integrationsunternehmen
5638/2008

5 Schriftliche Anfragen

5.1. "Raucher-Razzia" in den KölnArcaden
Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2009
AN/0213/2009

Stellungnahme der Verwaltung

0762/2009

5.2. Umsetzung und Erfahrungsbericht FFP 2007-2010
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2009
AN/0386/2009

6 Mündliche Anfragen

6.1 Einsatz von Wahlcomputern

6.2 Urteil des Oberlandesgerichtes im Rechtsstreit "Conlon"

6.3 Mobile Verkaufsstände im Grüngürtel

7 Anträge

- 7.1 Verweis aus dem Rat:
Beantwortung von Anfragen
Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis)
AN/0151/2009

- 7.2. Jobsharing-Veranstaltung für den Kita-Bereich
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12.03.2009
AN/0498/2009

8 Platzvergaben

- 8.1 Neumarkt
hier: Antrag der Firma TAS Emotional Marketing GmbH, Max-Keith Str.66 ,
45136 Essen auf Durchführung einer Informationsveranstaltung vom
25.05.2009 bis zum 26.05.2009 (inklusive Auf- und Abbauzeiten) auf dem
Neumarkt.
0208/2009

9 Allgemeine Vorlagen

- 9.1 Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allge-
meine Verwaltung und Rechtsfragen
0726/2009

- 9.2 4. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln
5124/2008

- 9.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungs-
empfehlungen
0504/2009

- 9.4 Weiterführung des Aufgabenbereichs "jusch - jung und schwanger" Bera-
tung und Begleitung beim Gesundheitsamt
0630/2009

- 9.5 Einzelhandelskonzept Köln und Stabilisierung der Nahbereichszentren in den Stadtbezirken
hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Stadtentwicklung/Zentrenentwicklung und -förderung
0104/2009
- 9.6 Stellenfreigabe gem. Beschluss AVR vom 17.12.2008
0531/2009
- 9.7 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
0666/2009
- 9.8 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:
Lieferung von Unterflurcontainern
0676/2009
- 9.9 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:
Anmietung von Sitzrasenmähern mit 300 cm Schnittbreite
0517/2009
- 9.10 Zusätzliches Budget in Höhe von 500.000,- € für eine verstärkte Mitarbeiterqualifizierung
0119/2009
- 9.11 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)
hier: Einleitung eines Veränderungsprozesses
0514/2009
- 9.12 Einrichtung von 13 befristeten Mehrstellen für die bauliche Umsetzung der Ganztagsoffensive
0670/2009
- 9.13 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren
0872/2009

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.03.2009

- 9.14 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die StadtBibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom August 2009 bis 31.07.2011 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption

0550/2009

- 9.15 IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes
für Landschaftspflege und Grünflächen
0799/2009

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

Herr Granitzka begrüßt Herrn Breuer im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und verpflichtet ihn als sachkundigen Einwohner.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Halbzeitbilanz des Mentoring-Projektes

Frau Kronenberg berichtet, im letzten Jahr habe die Stadt Köln das erste Mentoring-Projekt für achtzehn karriereinteressierte Frauen begonnen. Die Resonanz auf dieses Projekt sei bislang sehr positiv ausgefallen. Darüber hinaus habe der Fernsehsender ARD einen Beitrag über das Mentoring-Projekt aufgenommen, der WDR plane aufgrund der guten Erfahrungen in der Stadtverwaltung ebenfalls ein solches Projekt.

In Kürze sei eine Neuauflage dieses Mentorings für weitere Frauen, die eine Führungsaufgabe anstreben, vorgesehen.

Herr Granitzka bestätigt, er habe ebenfalls ein ausschließlich positives Feedback auf das Mentoring-Projekt erhalten. Er danke insbesondere den Mentoren, die dieses Projekt ermöglichten.

1.2 Lunchpakete

Darüber hinaus informiert Frau Kronenberg, das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern biete nun im dritten Jahr den städtischen Mitarbeitern die Möglichkeit, sich während der Mittagspause zu unterschiedlichen Themen zu informieren. In diesem Jahr stehe die berufliche Weiterentwicklung von Frauen im Vordergrund der sogenannten Lunchpakete. Das Angebot umfasse beispielsweise aber auch einen Vortrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für männliche Beschäftigte.

1.3 Equal-pay-day

Weiterhin weist Frau Kronenberg auf einen Informationsstand auf der Schildergasse anlässlich des bundesweiten Aktionstages „Equal-pay-day“ am 20.03.2009 hin, der auf die ungleichen Bruttostundenlöhne von Frauen und Männern aufmerksam mache. Dieser Termin sei nicht zufällig gewählt, da er den Zeitraum markiere, den Frauen in der Bundesrepublik über das Jahresende hinaus arbeiten müssten, um das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen. Als Symbol dieser Aktion seien die Frauen aufgefordert, an diesem Tag eine rote Tasche zu tragen, auch Frau Bundeskanzlerin Merkel sei in einem Anschreiben gebeten worden, sich durch das Tragen einer roten Tasche für dieses Thema einzusetzen.

1.4 Internationaler Frauentag

Abschließend berichtet Frau Kronenberg über den diesjährigen Internationalen Frauentag, der unter dem Motto „Damenwahl - Denn ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ gestanden habe. Ziel sei insbesondere die Definition frauenpolitischer Themen sowie die Steigerung des Anteils weiblicher Mandatsträger in den Parlamenten. Schwerpunkt der gut besuchten Veranstaltung im Historischen Rathaus sei insofern auch der Dialog mit Politikerinnen bzw. den nominierten Kandidatinnen für die Kommunalwahl gewesen.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 08.12.2008 Initiative Chancengleichheit 0211/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Anmerkung von Herrn Wolter führt Herr Fleischer aus, im Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation am 03.03.2009 habe das Organisationsamt einen aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Diversity Managements dargestellt. Federführend seien hierbei das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt sowie das Personalamt; das Organisationsamt habe die Moderation einer Arbeitsgruppe übernommen, die unter anderem die Entwicklung einer Rahmenstrategie sowie die Vernetzung der verschiedenen zielgruppenorientierten Einzelmaßnahmen und Aktivitäten zur Aufgabe habe. In der Sitzung des Unterausschusses sei bereits die Bitte einer Einbindung der Politik bei Erstellung der Rahmenkonzeption geäußert worden.

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Verweis aus dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün: Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 0082/2009

3.1.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung 0464/2009

3.1.2 Ergänzende Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 04.03.2009 Kooperationsgräberfeld Melaten AN/0385/2009

Stellungnahme der Verwaltung 0933/2009

Die Unterlagen der Verwaltung wurden zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen führt aus, mit der Anfrage habe er nochmals verdeutlichen wollen, dass der AVR ein Pilotprojekt beschlossen habe, welches zunächst keine Installierung weiterer Kooperationsgrabfelder ermögliche.

Herr Granitzka bemerkt, federführend in dieser Angelegenheit sei der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün. Der AVR habe die Änderung der Friedhofssatzung ausführlich und kritisch diskutiert, eine nachträgliche Änderung des Ratsbeschlusses sei daher seines Erachtens nicht notwendig.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Detjen antwortet Herr Muck, bislang seien zwei Anträge sowie eine Absichterklärung möglicher Kooperationspartner eingegangen.

3.2 Ausbildungsbericht 5227/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos Herrmann begrüßt den Ausbildungsbericht. Insbesondere habe die Verwaltung im Bereich der Bewerber mit Migrationshintergrund eine deutliche Verbesserung erreicht. Die Stadt Köln mache so deutlich, dass sie sich allen Einwohnern Kölns öffne und auch Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigte Karrierechancen biete. In dem Zusammenhang interessiere sie, inwieweit die städtischen Gesellschaften auf junge Menschen mit Migrationshintergrund zügingen.

Herr Detjen lobt die engagierte Arbeit der Verwaltung, beispielsweise im Hinblick auf die Zahl erfolgreicher Ausbildungsabschlüsse. Anders gestalte sich die Ausbildungs-

situation in den Beteiligungsunternehmen, er bitte die Verwaltung diesbezüglich nochmals um eine entsprechende Darstellung.

Herr Büscher informiert, im Verwaltungsbereich übernehme die Stadt Köln in der Regel alle Auszubildenden, da die Bedarfe zu Beginn eines Ausbildungsjahres definiert würden. Die Regelung zu Übernahmekriterien befinde sich derzeit in der Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat. Lediglich in den sogenannten marktgängigen Berufen bilde die Stadt Köln über den eigenen Bedarf aus. Die Verwaltung bemühe sich aber, Ausbildungsabsolventen gegebenenfalls in den Verbundunternehmen unterzubringen. Eine Darstellung der Ausbildungssituation in den städtischen Beteiligungsunternehmen werde er zu einer der nächsten Sitzungen nachreichen.

3.3 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2009 0663/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.4 Jahresbilanz des Call-Centers Köln/ Bonn/ Leverkusen 0693/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka bedankt sich für die erfolgreiche Initiative des Call-Centers Köln.

3.5 Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer hier: Fassung von § 7 Abs. 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für die Dauer des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region 0834/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Huland informiert, der Projektstart sei für den 24.03.2009 vorgesehen.

3.6 Haus des Jugendrechts - Immobilie und Kooperationsvereinbarung 0721/2009

Der AVR verweist die Mitteilung zur Beratung in die nächste Sitzung.

3.7 Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten 0760/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen antwortet Herr Figgen, für die zweite Jahreshälfte 2009 sei eine organisatorische Betrachtung mit dem Ziel einer methodischen Personalbedarfsermittlung vorgesehen, die unter anderem auch Erkenntnisse insbesondere zur Fallzahlentwicklung aufgrund der Wohngeldnovelle berücksichtigen werde.

Herr Fleischer ergänzt auf Anmerkung von Frau Koppmann, die Service- bzw. Bürgerorientierung sei ein zentraler Aspekt der organisatorischen Arbeit und werde insofern auch bei einer Stellenbedarfsermittlung im Aufgabengebiet Wohngeld berücksichtigt.

Auf Bitte von Herrn Detjen sagt er zu, zu einer der nächsten Sitzungen eine Zwischenmitteilung vorzulegen.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

4.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 24.04.2008 hier: Förderung von Integrationsunternehmen 5638/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen berichtet, im Sozialausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland werde derzeit ein Beschluss vorbereitet, der den Landschaftsverband auffordere, mit einem Programm auf die Kommunen zuzugehen, wie solche Integrationsbetriebe verstärkt eingesetzt werden könnten. Er werde die Thematik daher zu gegebener Zeit, insbesondere hinsichtlich der Reaktion der Stadtverwaltung auf die Initiative des Landschaftsverbandes, nochmals aufgreifen.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 "Raucher-Razzia" in den KölnArcaden Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2009 AN/0213/2009

Stellungnahme der Verwaltung 0762/2009

Der Ausschuss vertagt die Beantwortung zur Beratung in die nächste Sitzung.

Herr Wolter bittet in dem Zusammenhang um eine allgemeine Sachstandsmitteilung, insbesondere inwieweit das Amt für Öffentliche Ordnung die Einhaltung des Nicht-raucherschutzgesetzes kontrolliere.

**5.2 Umsetzung und Erfahrungsbericht FFP 2007-2010
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2009
AN/0386/2009**

Frau Kronenberg stellt zur Beantwortung der Anfrage dar, zahlreiche für die Zielerreichung des FFP maßgebliche Maßnahmen seien bereits umgesetzt worden, beispielsweise das Mentoring-Projekt, ein externes Coaching für weibliche Führungskräfte, der Girlsday sowie die angebotenen Lunchpakete. Die Zahl der Amtsleiterinnen sei in den letzten Jahren stetig gestiegen, im Vergleich zur Privatwirtschaft sei dies ein recht gutes Ergebnis. Dennoch müssten Leitungskräfte insbesondere in den unteren Führungsebenen verstärkt Mitarbeiterinnen motivieren, sich auf Stellenvakanzen zu bewerben.

Im Hinblick auf die dezernatsbezogenen Zieldefinitionen stünden noch einige schriftliche Zielvorschläge aus. In Kürze würden Gespräche mit den Dezernaten diesbezüglich terminiert, ungeachtet dessen würden aber alle Personalien seitens des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern unter anderem auf die Vereinbarkeit mit dem Frauenförderplan überprüft. Seit Inkrafttreten des 3. Frauenförderplanes habe sie in sechs Fällen Widersprüche eingelegt.

Der Bericht zum 2. Frauenförderplan sei zwischenzeitlich fertiggestellt und werde im Rahmen der Zielgespräche mit den Dezernaten abgestimmt.

Unter Bezugnahme auf Punkt 4 der Anfrage bestätigt Frau Kronenberg, der 3. Frauenförderplan gelte bis zum 31.12.2010. Eine Korrektur der Druckfassung sowie des Intranetauftrittes sei zwischenzeitlich erfolgt.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann sagt Frau Kronenberg eine schriftliche Beantwortung zu den von der Gleichstellungsbeauftragten eingelegten Widersprüchen zu.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Einsatz von Wahlcomputern

Auf Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kilp, das Bundesverfassungsgericht habe entschieden, dass der Einsatz der derzeit verwendeten Wahlcomputer nicht verfassungskonform sei. Dies bedeute, dass die Verwaltung nun die Vorbereitung einer Papierwahl weiterführe. Sofern neue Systeme entwickelt worden seien, müsse

gegebenenfalls über einen erneuten Einsatz von Wahlcomputern entschieden werden; die Stadt Köln werde den Markt diesbezüglich weiter beobachten.

6.2 Urteil des Oberlandesgerichtes im Rechtsstreit "Conlon"

Herr Hess bittet um Darstellung der Entscheidung des Oberlandesgerichtes, wonach die Stadt Köln dem ehemaligen Chefdirigenten des Gürzenich-Orchesters Schadenersatz zu leisten habe. Insbesondere interessiere ihn die Höhe der Schadenssumme und inwieweit die Stadt Köln beabsichtige, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen oder ob sie die Durchsetzung von Möglichkeiten etwaiger Regressansprüche in Erwägung ziehe.

Die Verwaltung sagt eine Stellungnahme zu einer der nächsten Sitzungen zu.

6.3 Mobile Verkaufsstände im Grüngürtel

Auf Frage von Herrn Wolter nach einem Sachstand hinsichtlich der Genehmigungen von mobilen Verkaufsständen bzw. der ordnungsrechtlichen Problematiken im Grüngürtel sagt die Verwaltung eine Stellungnahme zu einer der nächsten Sitzungen zu.

7 Anträge

7.1 Verweis aus dem Rat: Beantwortung von Anfragen Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) AN/0151/2009

Der Antrag wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

7.2 Jobsharing-Veranstaltung für den Kita-Bereich Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.03.2009 AN/0498/2009

Frau von Bülow begründet den Antrag unter anderem mit den bereits durchgeführten Job-sharing Veranstaltungen im Verwaltungsbereich.

Herr Büscher erläutert, seines Erachtens sei der Bedarf von Job-sharing bei Erzieherinnen nicht sonderlich ausgeprägt, da Teilzeitbeschäftigung üblicherweise über die Erstellung von Dienstplänen ermöglicht werde. Insofern sei die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für eine solch große Zahl von Beschäftigten nicht unbedingt zielführend. Er schlage daher vor, nach Abstimmung mit der Fachverwaltung

den Kindertagesstätten ein Informationsblatt zum Job-sharing zur Verfügung zu stellen und gegebenenfalls eine Fortbildung für die Führungskräfte der Einrichtungen durchzuführen.

Frau Kronenberg fügt hinzu, ihr sei aus dem Bereich der Kindertagesstätten kein Beratungsbedarf zum Thema Job-sharing bekannt, obwohl das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern im letzten Jahr zahlreiche Mitarbeiterinnen beraten habe.

Herr Schmitz kritisiert die Dringlichkeit des Antrages. Dieser Antrag sei in Ruhe zu beraten, beispielsweise hinsichtlich der Auswirkungen auf die Stundenkontingente der Kindertagesstätten. Dazu sei nach seiner Auffassung auch eine Darstellung der Fachverwaltung notwendig.

Herr Granitzka ergänzt, er gehe aufgrund der Möglichkeit einer flexiblen Dienstplannerstellung ebenfalls nicht von einem hohen Beratungsbedarf zum Thema Job-sharing aus, so dass er vorschläge, interessierten Mitarbeiterinnen gegebenenfalls ein Informationsschreiben zur Verfügung zu stellen.

Er bittet um Abstimmung.

Beschluss:

In 2009 ist durch die Verwaltung eine Informationsveranstaltung rund um das Thema Job-Sharing für den Kita-Bereich durchzuführen, vergleichbar den entsprechenden Veranstaltungen für die Beschäftigten des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes, die in den Jahren 2005 und 2006 durch das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern organisiert wurden. Im Anschluss an die Veranstaltung wird um Berichterstattung gebeten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

8 Platzvergaben

8.1 Neumarkt

**hier: Antrag der Firma TAS Emotional Marketing GmbH, Max-Keith Str.66 , 45136 Essen auf Durchführung einer Informationsveranstaltung vom 25.05.2009 bis zum 26.05.2009 (inklusive Auf- und Abbauezeiten) auf dem Neumarkt.
0208/2009**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Firma TAS Emotional Marketing GmbH, Max-Keith Str. 66. 45136 Essen den Neumarkt zur Durchführung einer Informationsveranstaltung vom 25.05.2009 bis zum 26.05.2009 (inklusive Auf- und Abbauezeiten) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen 0726/2009

Beschluss:

Für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen in der verbleibenden Wahlperiode 2004-2009 wird Frau Corinna Simons (10) als Schriftführerin benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 4. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln 5124/2008

Herr Wolter stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Im Hinblick auf die Gestaltung der Außengastronomie kündigt er für den Stadtentwicklungsausschuss einen Antrag zur Gestaltungssatzung an.

Auf seine Nachfrage erklärt Herr Kilp, der vorgeschlagene Jahrestarif in Höhe der 9-fachen Jahresgebühr orientiere sich an der Rabattierung für die Sommermonate. Dieser Nachlass von 25% sei auf die Jahresgebühr übertragen worden.

Herr Repgen erwidert, er halte die Erhebung einer 8-fachen Monatsgebühr dennoch für ausgewogen, so dass er diesbezüglich eine Änderung der vorgeschlagenen Sondernutzungssatzung beantrage.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss über den mündlichen Antrag der FDP-Fraktion:

Für das Aufstellen von Tischen und Sitzgelegenheiten zu gewerblichen Zwecken wird ein Tarif in Höhe der 8-fachen Monatsgebühr erhoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Fraktionen CDU und FDP abgelehnt

Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt den Erlass der 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

**9.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen
0504/2009**

Frau Bredehorst erläutert den Entstehungsprozess des Kölner Integrationskonzeptes sowie die Änderungsvorschläge des Integrationsrates und betont, dass es sich bei dieser Vorlage zunächst um konzeptionelle Grundlagen sowie allgemeine Handlungsempfehlungen handele. Nunmehr seien noch die Ergebnisse einiger Arbeitsgruppen zu vervollständigen sowie ein detailliertes Maßnahmenkonzept auszuarbeiten.

Herr Dr. Elster bittet, die Vorlage aufgrund weiteren Beratungsbedarfes ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Frau dos Santos Herrmann und Frau von Bülow erwidern, der vorliegende Beschlusstext umfasse die Bestätigung der konzeptionellen Grundlagen und stelle insofern lediglich einen Verfahrensvorschlag dar. Sie plädieren daher dafür, die Vorlage im AVR –mit den Änderungen des Integrationsrates- zu beschließen, zumal im Beirat zum Integrationskonzept vorgeschlagen worden sei, Änderungsvorschläge einzelner Ausschüsse oder Fraktionen noch weitmöglichst in die Vorlage einzuarbeiten. In einem nächsten Schritt müssen die Verwaltung nun die Umsetzbarkeit der Handlungsempfehlungen bewerten und eine Priorisierung vornehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen führt Frau Bredehorst aus, der runde Tisch für Flüchtlingsfragen habe keine inhaltliche Kritik an den konzeptionellen Grundlagen geäußert, sondern das Verfahren bemängelt. Dies könne sie jedoch nicht nachvollziehen, insbesondere sei die Verwaltung bei Erstellung und Abstimmung der Konzeption ausreichend eingebunden und eine Beteiligung des runden Tisches auf verschiedenen Ebenen gewährleistet worden. Eine Abstimmung mit der Steuerungsgruppe finde darüber hinaus im weiteren Verfahrensverlauf statt. Die Verwaltung bemühe sich, die Ergebnisse der Integrationskonferenz am 19.03.2009, in der auch der runde Tisch für Flüchtlingsfragen vertreten sei, in die Handlungsempfehlungen des Integrationskonzeptes einzuarbeiten.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss über den mündlichen Antrag der FDP-Fraktion:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Fraktionen CDU und FDP abgelehnt

Beschluss (in der Fassung des Integrationsrates):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
 - unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
 - die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.
2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

9.4 Weiterführung des Aufgabenbereichs "jusch - jung und schwanger" Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt 0630/2009

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt, zur Gewährleistung der Hilfen für gefährdete Neugeborene bzw. Säuglinge und ihrer sehr jungen Mütter bzw. Eltern durch den Aufgabenbereich „jusch – jung und schwanger“ – Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt, folgende befristete Planstellen über den bislang beschlossenen Zeitraum hinaus bis zum 31.12.2009 zur Besetzung freizugeben:

- a) 1,0 Hebamme/Geburtshelfer VGr. Kr 4/5/5a Fg. 4/20/9 BAT (E 7a TVöD)
(bisherig befristet bis zum 14.06.2009)

sowie

- b) 1,0 Sozialarbeiter/in VGr. Vb/IVb/IVb+VG Fg. 10/17/17 BAT (E 9 TVöD).
(bislang befristet bis zum 31.03.2009)

Bei Erstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 wurden die haushaltsmäßigen Auswirkungen bereits für das komplette Jahr 2009 berücksichtigt. Da sich jedoch die geplante Einnahme nicht realisieren lässt, verringert sich der Ertrag im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 2 – Zuwendungen- um 88.000 €.

Zur Refinanzierung wird die vakante bis zum 31.12.2010 befristete Planstelle PB 50028480, Fachärztin/Facharzt VGr. Ib/Ia Fg. 1/1 BAT (E 15 TVöD), Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems in Köln (Clearingstelle), bis zum 31.12.2009 nicht besetzt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

**9.5 Einzelhandelskonzept Köln und Stabilisierung der Nahbereichszentren in den Stadtbezirken
hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Stadtentwicklung/Zentrenentwicklung und -förderung
0104/2009**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2010 die Einrichtung einer vorerst bis zum 31.12.2012 befristeten Mehrstelle in der Wertigkeit EG 13 TVöD (bzw. Vgr. II BAT) im Amt für Stadtentwicklung und Statistik zur Koordination der Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes und zur Förderung der städtischen Zentren. Damit eine unterjährige Besetzung gewährleistet werden kann, soll bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsmäßig eine Stelle zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Deckung des für 2009 anteilig zahlungswirksamen Mehraufwands in Höhe von insgesamt max. 54.933,00 € für acht Monate (Personalaufwendungen in Höhe von 46.267,00 € und Sachaufwendungen in Höhe von 8.666,00 €) erfolgt im Rahmen der echten Deckung über die im Finanzausschuss am 09.06.2008 bereitgestellten Mittel zur Stabilisierung der Nahversorgungszentren in den Stadtbezirken. Die Mittel sind im Teilergebnisplan 0901 – Stadtplanung und -entwicklung im Doppelhaushalt 2008/2009 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2012 bei den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 15 (Transferaufwendungen) jeweils in Höhe von 175.000,00 € (2009 ff) veranschlagt. Die Deckung erfolgt zu Lasten von Teilplanzeile 13 in Höhe von 28.000,00 € und zu Lasten von Teilplanzeile 15 in Höhe von 26.933,00 €.
3. Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe der restlichen Mittel zur Stabilisierung der Nahversorgungszentren in Stadtbezirken zur Finanzierung von Maßnahmen zur „Zentrenstützung und Stärkung der Nahversorgung“.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

**9.6 Stellenfreigabe gem. Beschluss AVR vom 17.12.2008
0531/2009**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen erkennt auf der Grundlage des vorliegenden Ergebnisses der Stellenbemessung für den Bereich „Bearbeitung von pädagogischen Hilfen nach § 35a i.V.m. § 36 SGB VIII – Legasthenie- und Dyskalkulietherapie“ den Stellenbedarf im untersuchten Bereich an.
2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen hebt die von ihm in seiner Sitzung am 17.12.2008 verhängte Sperre über die 1,5 Stellen (vorgesehen zur Bearbeitung von pädagogischen Hilfen nach § 35a i.V.m. § 36 SGB VIII – Legasthenie- und Dyskalkulietherapie) auf.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

**9.7 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
0666/2009**

Aufgrund bestehender Unklarheiten hinsichtlich der Erweiterung des Personenkreises beschließt der AVR, die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

**9.8 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:
Lieferung von Unterflurcontainern
0676/2009**

Beschluss:

Der AVR erkennt den Bedarf zur Beschaffung von ca. 20 Unterflurcontainern an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

**9.9 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:
Anmietung von Sitzrasenmähern mit 300 cm Schnittbreite
0517/2009**

Auf Kritik von Herrn Repgen und Frau von Bülow verweist Herr Muck auf die Begründung der Dringlichkeitsvorlage. Aufgrund von Kapazitätsengpässen bei den Abfallwirtschaftsbetrieben, die mit der Beschaffung beauftragt worden seien, sei eine zeitnahe Anschaffung aller benötigten Sitzrasenmäher nicht möglich gewesen.

Herr Dr. Elster bemerkt, die Dringlichkeit der Beschaffung müsse anerkannt werden. Dennoch sei der Vergabeprozess zu kritisieren, gegebenenfalls müssten das Verfahren überdacht und entsprechende organisatorischen Regelungen getroffen werden.

Herr Kaske stimmt dem zu. Dieses Verfahren sei für die Zukunft nicht weiter zu akzeptieren. Sofern eine Kooperation mit den Abfallwirtschaftsbetrieben nicht zu einem gewünschten Ergebnis führe, sei über eine Rückübertragung der Aufgabe auf die Kernverwaltung nachzudenken.

Herr Muck legt auf Rückfrage von Herrn Knappertsbusch dar, die Ressourcen für die Durchführung solcher Vergabeverfahren stünden im Amt für Landschaftspflege und Grünflächen derzeit nicht zur Verfügung. Aus diesem Grund sei die Aufgabe auf die Abfallwirtschaftsbetriebe übertragen worden. Diese hätten zwischenzeitlich angekündigt, sich um eine Erhöhung ihrer Kapazitäten im Bereich der Beschaffung zu bemühen.

Herr Wolter bittet um eine zeitnahe Sachstandsmitteilung, inwieweit Maßnahmen zur Beseitigung der Missstände ergriffen worden seien.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR stellt den Bedarf zur Anmietung von fünf Sitzrasenmähern für die Schnittsaison 2009 fest.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

**9.10 Zusätzliches Budget in Höhe von 500.000,- € für eine verstärkte Mitarbeiterqualifizierung
0119/2009**

Beschluss:

1. Der AVR nimmt die Verteilung des Gesamtbudgets für die gesamtstädtischen Qualifizierungsmaßnahmen aus 2008 zur Kenntnis.

2. Der AVR stellt den Bedarf für die zusätzlichen Fortbildungsmaßnahmen in Höhe von 500.000,- € für 2009 fest und gibt das Gesamtbudget für Qualifizierungsmaßnahmen in Höhe von 740.000,- € frei.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.11 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)
hier: Einleitung eines Veränderungsprozesses
0514/2009**

Auf Anmerkungen von Frau Langes, Herrn Dr. Elster und Herrn Schmitz führt Herr Kahlen aus, die wirksame Unterstützung der Schulen zur effektiveren Aufgabewahrnehmung obliege nach den Regelungen des Schulgesetzes dem Schulträger. Dennoch bestehe eine enge Verbindung der Aufgaben von Land und Kommune, eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten sei der Öffentlichkeit insofern kaum zu vermitteln. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage habe der Rat seinerzeit festgelegt, dass der Ganztagsbetrieb in den Schulen nicht zum Einsatz zusätzlicher Ressourcen führen dürfe. Dennoch habe der Schulträger die Schulen derart auszustatten, dass diese ihrem deutlich höheren Bildungsauftrag gerecht werden könnten. Für diesen Prozess sei die Einbindung aller Beteiligten von Bedeutung, eine Abkürzung des Veränderungsprozesses führe seines Erachtens daher nicht zu sachgerechten Ergebnissen. Beispielsweise könne die Verwaltung auch dem Auftrag der Förderung eines gemeinsamen Unterrichts zur besseren Integration behinderter Kinder durch einen offenen Dialog mit allen Betroffenen besser gerecht werden.

Frau dos Santos Herrmann bittet um eine entsprechende Mitteilung nach Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

Frau von Bülow begrüßt das Konzept, zumal es auch das nicht-pädagogische Personal einbeziehe. Ohne deren Engagement sei eine Fortführung des Ganztagsbetriebes nicht möglich.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

1. Der Rat beschließt die Einleitung eines umfassenden Veränderungsprozesses im Bereich der Schulunterstützung durch den Schulträger.
2. Der Rat stellt den Bedarf für die mit der Einleitung eines Veränderungsprozesses im Bereich der Schulen verbundene Vergabe an einen externen Berater für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von insgesamt zwei Großgruppenkonferenzen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Der Rat verzichtet auf den Vergabevorbehalt. Die gem. „Eckpunktepapier des Bundesrechnungshofes für den wirtschaftlichen Einsatz externer Berater“ im Vorfeld erforderlichen Prüfungen hinsichtlich Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Beratereinsatzes sind erfolgt und in der Anlage 1 beschrieben.

3. Der Rat beschließt die Finanzierung der Gesamtkosten der geplanten Maßnahme in Höhe von 196.000 € (Kostenkalkulation siehe Anlage 2) aus dem Teilergebnisplan 0301 „Schulträgeraufgaben“, Teilplanzeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.12 Einrichtung von 13 befristeten Mehrstellen für die bauliche Umsetzung der Ganztagsoffensive 0670/2009

Auf Nachfragen von Herrn Repgen und Herrn Schmitz erläutert Frau Brimmer, eine Befristung von Stellen über mehrere Jahre sei insbesondere bei längerfristigen Projekten nicht unüblich. Im vorliegenden Fall gehe die Verwaltung davon aus, das Projekt im Jahr 2015 beenden zu können, insofern sei auch die Stellenbefristung bis zum 31.12.2015 vorgesehen. Der zugrunde liegende Zeitmaßnahmenplan werde derzeit in einigen Details noch überarbeitet, bei Bedarf könne sie diesen jedoch nach Fertigstellung nachreichen.

Auf Bitte von Frau von Bülow erklärt sich der Ausschuss einverstanden, die Vorlage vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft zu beschließen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung von 11 Stellen TA, VGr. IVa/III + TZ BAT (EGr. 11 TVöD), 1 Stelle TA, VGr. III/II + TZ BAT (EGr. 12 TVöD) und 1 Stelle VA, VGr. Vc/Vb BAT (EGr. 9 TVöD) für die bauliche Umsetzung des Ganztagsbetriebes an Gymnasien und Realschulen bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2010. Die Stellen werden bis zum 31.12.2015 befristet.

Um die Stellen kurzfristig besetzen zu können, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft einstimmig zugestimmt

**9.13 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren
0872/2009**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis
90/Die Grünen vom 16.03.2009**

Herr Wolter begründet den Ergänzungsantrag, der mehr Transparenz und eine Nachprüfbarkeit der Vergabeentscheidungen durch die Ausschüsse garantiere.

Auf Anmerkungen von Herrn Kaske, Herrn Detjen und Herrn Dr. Elster erläutert Herr Cremer die Entstehungsprozesse der Vorlage, die den Beschluss des Stadtvorstandes wiedergebe und unter anderem eine Veröffentlichung aller Vergaben nach VOB beinhalte. Während der Runderlass des Landes zu einer nachträglichen Veröffentlichung des Auftragnehmers verpflichte, fordere der Änderungsantrag darüber hinaus die Angabe aller am Verfahren beteiligten Unternehmen. Im Hinblick auf die Wahrung etwaiger Firmengeheimnisse etc. müsse diese Mitteilung im nichtöffentlichen Sitzungsteil der Gremien erfolgen.

Herr Kahlen ergänzt, die Ziele des Konjunkturprogrammes würden durch die Beschleunigung der kommunalen Vergabeverfahren unterstützt. Der vorliegende Beschlussvorschlag schaffe einen Ausgleich zwischen der Effizienz von Vergaben sowie der Verhinderung missbräuchlichen Verhaltens. Die Beteiligung des Zentralen Vergabebeamten gewährleiste die Unabhängigkeit in freihändigen Verfahren, insbesondere in den korruptionsgefährdeten Bereichen. Eine Überprüfung der Unternehmen durch das Zentrale Vergabeamt sei kurzfristig, innerhalb von zwei bis drei Tagen, möglich, so dass diese Einbindung einer Beschleunigung der kommunalen Vergabeverfahren nicht im Wege stehe.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss über den Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll in Ziffer 2 wie folgt ergänzt werden:

a) Die Ergebnisse des Vergabeverfahrens nach VOB für freihändige Vergaben bis 100.000 Euro und für beschränkte Ausschreibungen bis 1.000.000 Euro sind dem jeweiligen Fachausschuss und dem Finanzausschuss zeitnah listenmäßig mitzuteilen.

Die tabellarische Auflistung je Vergabe soll jeweils alle am Verfahren beteiligten Firmen mit ihren Geboten aufführen.

Die Mitteilungen sollen aus Datenschutzgründen im nicht-öffentlichen Teil erfolgen.

Die Verwaltung soll halbjährlich einen Erfahrungsbericht in Hinsicht auf die Verfahrensbeschleunigung und Veränderung der Wertgrenzen vorlegen.

b) Die Verwaltung wird zudem beauftragt, das Verfahren zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Vergaben (Beschluss des AVR vom 04.12.2006) unter Berücksichtigung der neuen Wertgrenzen weiterzuentwickeln. Dieses soll auch die Möglichkeit beinhalten, Vergaben, die aufgrund dieses Beschlusses nach beschränkter Ausschreibung oder freihändig erfolgen können, durch eine öffentliche bzw. beschränkte Ausschreibung durchzuführen und deren Ergebnisse mit den Ergebnissen der üblichen Vergaben zu vergleichen.

Ein entsprechender Erfahrungsbericht ist den Fachausschüssen spätestens Anfang 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Beschluss über die Verwaltungsvorlage (unter Berücksichtigung des Änderungsantrages):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

1. *Zur Beschleunigung des kommunalen Vergabeverfahrens beschließt der Rat der Stadt Köln die folgenden, befristet bis zum 31.12.2010 geltenden angehebenen Vergabeschwellenwerte für die Vergabe von Bauleistungen nach VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen). Dabei wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes vom 02.03.2009 (siehe Anlage 1) das Zentrale Vergabeamt einbezogen, um Korruptionsprävention sicherzustellen.*

Für Vergaben im Bereich der VOB gelten die folgenden Grenzen (jeweils zuzüglich der geltenden MWSt.)

<i>a) Freihändige Vergabe</i>	<i>bis 100.000 €</i>
<i>abei Beteiligung des Zentralen Vergabeamtes</i>	<i>ab 30.000 €</i>
<i>b) Beschränkte Ausschreibung</i>	<i>bis 1.000.000 €</i>
<i>c) Öffentliche Ausschreibung</i>	<i>bis zum aktuellen EU-Schwellenwert</i>

Aufträge sind - unabhängig von der Vergabeart - auch unterhalb der Veröffentlichungsgrenzen des RdErl. des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie ua. vom 03.02.2009 (Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachungen im Vergabeverfahren, AZ 121-80-20/02) im Internet zu veröffentlichen.

2. *Zur Kompensation der erhöhten Schwellenwerte ist sicherzustellen, dass die politischen Gremien stets zeitnah unterrichtet werden (vgl. Ziffer 3 des Ratsbeschlusses vom 10.02.09, TOP 2.1.5, siehe unten unter Problemstellung) und*

zwar der Finanzausschuss über alle Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II, alle übrigen Fachausschüsse und Bezirksvertretungen im Rahmen ihrer unveränderten Zuständigkeit. Parallel erhält der Rechnungsprüfungsausschuss alle Mitteilungen zu umfassenden Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Berichtswesen zu entwickeln.

a) Die Ergebnisse des Vergabeverfahrens nach VOB für freihändige Vergaben bis 100.000 Euro und für beschränkte Ausschreibungen bis 1.000.000 Euro sind dem jeweiligen Fachausschuss und dem Finanzausschuss zeitnah listenmäßig mitzuteilen.

Die tabellarische Auflistung je Vergabe soll jeweils alle am Verfahren beteiligten Firmen mit ihren Geboten auführen.

Die Mitteilungen sollen aus Datenschutzgründen im nicht-öffentlichen Teil erfolgen.

Die Verwaltung soll halbjährlich einen Erfahrungsbericht in Hinsicht auf die Verfahrensbeschleunigung und Veränderung der Wertgrenzen vorlegen.

b) Die Verwaltung wird zudem beauftragt, das Verfahren zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Vergaben (Beschluss des AVR vom 04.12.2006) unter Berücksichtigung der neuen Wertgrenzen weiterzuentwickeln. Dieses soll auch die Möglichkeit beinhalten, Vergaben, die aufgrund dieses Beschlusses nach beschränkter Ausschreibung oder freihändig erfolgen können, durch eine öffentliche bzw. beschränkte Ausschreibung durchzuführen und deren Ergebnisse mit den Ergebnissen der üblichen Vergaben zu vergleichen.

Ein entsprechender Erfahrungsbericht ist den Fachausschüssen spätestens Anfang 2011 vorzulegen.

3. *In beschlussgemäßer Umsetzung der Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 10.02.09, TOP 2.1.5 (Übertragung der Federführung bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II auf den Finanzausschuss zur Beschleunigung der politischen Entscheidungsprozesse, siehe unten unter Problemstellung) legt die Verwaltung eine separate Vorlage vor (siehe Vorlage 0281/2009).*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 9.14 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die StadtBibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom August 2009 bis 31.07.2011 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption
0550/2009**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die StadtBibliothek Köln und andere städtische Dienststellen eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.15 IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0799/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf zur Beschaffung einer IT-Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
stellvertretender Vorsitzender

Meier
Schriftführerin